

„Wir brauchen ein besseres Klima“

Sachsens Ministerpräsident stärkt der Wirtschaft den Rücken – Kritik am Finanzausgleich aus Freiberg

VON SVEN FROMMHOLD

Freiberg. Ein „besseres Klima für die Wirtschaft in Deutschland“ hat Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) gestern in Freiberg gefordert. Das fängt von den

Rathäusern an und reicht bis hinauf auf die Bundesebene, machte er bei seiner Rede während des 5. Freiburger Wirtschaftstages und der 3. Zukunftskonferenz „EU-Projekt Chance“ deutlich. Ins Detail ging Tillich ebenfalls: Da der Bund zu wenig

Geld für den notwendigen Ausbau der Bundesstraßen und Autobahnen zur Verfügung stelle, habe Sachsen Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) das Angebot unterbreitet, in Vorleistung zu gehen, sagte er. Bisher gebe es jedoch keine Zusage. So bestehe die Gefahr, dass Planungen für bereits baureife Vorhaben hinfällig werden, bevor die notwendigen Mittel fließen.

Auch an einer energiepolitischen Konzeption mangle es in Deutschland, kritisierte Tillich weiter. „Die Abhängigkeit und die Preise steigen“ – eine Gefahr für die Unternehmen, die mehr und mehr unter den Energiekosten leiden. Zwar werde in Sachsen die Braunkohle ein wichtiger Energieträger bleiben, der Freistaat sei aber zugleich Spitze bei der Nutzung von Photovoltaik und Biomasse. „Was jetzt auf uns zukommt, ist die Vernetzung dieser alternativen Energien“, betonte Tillich, der nicht nur Lob für die führende Rolle der „Solar-Hauptstadt“ Freiberg fand. „In ganz Deutschland wird mittlerweile der Tag der erneuerbaren Energien gefeiert. Dabei

weiß fast keiner, dass er in Oederan und damit ebenfalls in Mittelsachsen entstanden ist!“

In der Pflicht sieht sich beim Thema erneuerbare Energien ebenso die Stadt Freiberg mit ihren kommunalen Einrichtungen. „Es gibt weit mehr Möglichkeiten, als wir bisher genutzt haben“, erklärte Oberbürgermeister Bernd-Erwin Schramm (parteilos). So sollte nicht nur ein Teil des eigenen Bedarfs aus diesen Quellen bestritten werden, auch einen Energiebeirat für Freiberg und eine Energieagentur Freiberg/Mittelsachsen kann sich Schramm vorstellen. Zugleich nutzte der Tillichs Besuch, um auf einen Wermutstropfen des wirtschaftlichen Aufschwungs der Region hinzuweisen: die Umlage, die finanzstarke Kommunen künftig im Rahmen des sächsischen Finanzausgleichs bezahlen sollen. „Freiberg ist die größte betroffene Stadt“, verwies Schramm auf die erwarteten Millionenabgaben. Das sei ein „Abschied von der Strategie der wirtschaftlichen Leuchttürme“, für die der Freistaat stehe. —Splitter



Machte gestern in der „Alten Mensa“ in Freiberg Mittelsachsens Unternehmen Mut: Ministerpräsident Stanislaw Tillich. —FOTO: ECKARDT MILDNER